



Wirtschaft bietet Schützenhilfe für die UBS

Trotz Milliardenboni

BEAT SCHMID

Die UBS will strengere **Eigenkapitalvorgaben** abwenden und sucht Unterstützung bei Industrie- und Gewerbeverbänden. Doch die Grossbank hat ein Problem.

Die UBS kämpft gegen schärfere Eigenkapitalvorschriften. Da mehr Eigenkapital hohe Kosten verursacht, sieht sich die Bank im Nachteil gegenüber ihren internationalen Konkurrenten. Sie droht sogar damit, ihren Hauptsitz ins Ausland zu verlegen, falls die Schweiz zu strenge Regeln erlässt. Parallel dazu sucht die Bank das Gespräch mit politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern.

Die UBS argumentiert: Falls der Bund die Kapitalanforderungen verschärft,

steigen die Kosten. Die Rechnung ist einfach: Muss die UBS 20 Milliarden Dollar zusätzliches Eigenkapital halten, dann kostet das bei einem Kapitalkostensatz von 10 Prozent rund 2 Milliarden Dollar. Diese Mehrkosten würde die UBS auf ihre Kunden abwälzen – vor allem in der Schweiz, wo der Wettbewerb weniger intensiv ist als im internationalen Geschäft.

Die Grossbank scheint bei Wirtschaftsverbänden Gehör zu finden. «Für die Unternehmen der Tech-Industrie ist es wichtig, dass Regulierungen vernünftig und massvoll ausgestaltet werden», sagt ein Sprecher des Branchenverbands Swissmem. Zu strenge Eigenkapitalvorgaben würden Zusatzkosten verursachen, die über höhere Kreditzinsen auf die Unternehmen abgewälzt würden, sagt er.

Auch aus dem Gewerbeverband kommt Unterstützung. Daniela Schneeberger, Vizepräsidentin des Verbands, sagt gegenüber SonntagsBlick: **«Ich bin der Meinung, dass eine übermässige Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für systemrelevante Banken vermieden**

werden sollte.» Sie warnt davor, dass eine Verschärfung der Vorschriften insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu höheren Kreditkosten führen könnte. «KMU sind auf stabile und international wettbewerbsfähige Banken angewiesen», so die FDP-Nationalrätin aus dem Baselbiet. Auch FDP-Parteipräsident Thierry Burkart betont, seine Partei wolle einen «stabilen und zuverlässigen Bankenplatz», der günstige Kredite für KMU sowie gute Arbeitsplätze für den Mittelstand gewährleistet.

Die Unterstützung für die UBS ist jedoch heikel. Mitte März veröffentlicht die Bank ihren Geschäftsbericht für das vergangene Jahr – darin wird auch ersichtlich, wie viele Boni an Mitarbeitende und die Geschäftsleitung ausgezahlt wurden. **Letztes Jahr sorgte der Lohn von CEO Sergio Ermotti für Aufsehen: 14,4 Millionen Franken für neun Monate**

Arbeit. UBS-intern wird spekuliert, dass er für das vergangene Jahr deutlich mehr erhalten könnte. Zahlen bis zu 20 Millionen Dollar werden herumgereicht.

Kaum ein KMU-Vertreter möchte sich öffentlich für Banker starkmachen, die derartige Millionengehälter beziehen. «Eine gewisse Zurückhaltung bei den Managervergütungen finde ich angebracht», sagt Schneeberger. «Eine massvolle Haltung» der UBS in diesem Bereich wäre ein wichtiges Signal an die Öffentlichkeit und würde das Vertrauen in den Finanzplatz Schweiz stärken. «Viele Kundinnen und Kunden nehmen exzessive Boni negativ wahr.» FDP-Präsident Burkart äussert sich vorsichtiger: «Wer viel Verantwortung trägt und entsprechend hohe Boni erhält, muss künftig stärker zur Verantwortung gezogen werden können.» Swissmem wollte sich zu diesem Thema nicht äussern.

Die UBS schreibt in einer Stellungnahme: Als grosses Unternehmen pflege die Bank einen regelmässigen Austausch mit verschiedenen Anspruchsgruppen. «Wir erachten es als essenziell, insbesondere bei Themen mit grosser Tragweite für die UBS, den Finanzplatz und das Land, unsere Position einzubringen und konstruktiv an der Debatte teilzunehmen.» ●



2

Milliarden Dollar würde es die UBS etwa kosten, wenn sie 20 Milliarden zusätzliches Eigenkapital halten müsste.

Steht ihm sein Lohn im Weg? UBS-CEO Sergio Ermotti.

Foto: Getty Images